

Abg. Donix erläuterte dem Ausschuss die Intention des Antrages seiner Fraktion vom 24.05.2005. So stelle das Modul „Mobilität“ eine gute Diskussionsgrundlage dar und verdeutliche die vielschichtigen fachlichen Berührungspunkte zum öffentlichen Personennahverkehr. Er vermittelte dem Ausschuss die Wichtigkeit, gegenüber den Trägern des öffentlichen Personennahverkehrs den behindertenpolitischen Wirkungsansatz zu verdeutlichen. Im Interesse der Belange behinderter Menschen müsse der Dialog mit den Trägern des öffentlichen Personennahverkehrs frühzeitig gesucht werden. Er hob hervor, dass in einem solchen Dialog ein Abgleich der politischen Interessenlage in der Behindertenpolitik mit dem fachlich und finanziell Machbaren gesucht werden solle. Dies sei auch Grundlage für eine Weiterentwicklung bzw. Modifizierung der aus einem solchen Modul resultierenden Handlungsempfehlungen

Abg. Recki sprach gegenüber dem Ausschuss ihr Erstaunen aus, dass die CDU-Kreistagsfraktion einen solchen Antrag vor dem Hintergrund eines ausführlichen und aussagekräftigen Moduls stelle. Ihre Fraktion habe bereits im Zuge der Haushaltsberatungen in der letzten Sitzung ebenfalls entsprechende Anregungen gegeben. Sie freue sich, dass die CDU-Kreistagsfraktion aus solchen Anregungen einen entsprechenden Antrag formuliere. Ihre Fraktion werde sich die Ausführungen der Fachleute des öffentlichen Personennahverkehrs anhören und daraufhin weitere Entscheidungen treffen.

Abg. Feilen wies daraufhin, dass neben der Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft und dem Regionalverkehr Köln auch die Deutsche Bahn AG in die Diskussion eingebunden werden solle. Ihm sei allerdings auch klar, dass die Einflussmöglichkeiten auf die Deutsche Bahn AG eher gering seien. In diesem Zusammenhang bitte er den Ausschuss, seinen Augenmerk auf einige Bahneinrichtungen, insbesondere im linksrheinischen Kreisgebiet, zu richten, die, was die behindertengerechte Ausstattung angehe, eher im Argen liegen würden. Für Menschen mit Behinderungen sei es kaum möglich, die Züge ohne fremde Hilfe zu besteigen. Er bedaure, dass die Deutsche Bahn AG angesichts dieser Unzulänglichkeiten die notwendigen Modernisierung der Bahnhöfe und Bahnsteige immer weiter in die Zukunft schiebe. Ohne weitere Wortmeldungen ließ der Vorsitzende über den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion abstimmen.

Der Ausschuss fasste folgenden Beschluss:

B.-Nr. Der Ausschuss für Angelegenheiten von Menschen mit Behinderungen beschließt, die Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft (RSVG), den Regionalverkehr Köln (RVK), die Deutsche Bahn AG (DB AG), die Stadtwerke Bonn Verkehr (SWBV) und die Elektrischen Bahnen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises (SSB) in die weiter zu führende Diskussion fachlich einzubinden und beauftragt die Verwaltung, verantwortliche Vertreter/innen dieser Unternehmen zu einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses einzuladen.

Abst.- **einstimmig**
Erg.: